

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

27. Jahrgang.

Nr. 135.

Sonnabend, den 13. November

1880.

Von dem unterzeichneten königlichen Amtsgerichte sollen

den 4. Januar 1881

die dem Bürstenfabrikanten Johann Christian Robert Freitag in Schönheide zugehörigen Grundstücke Nr. 229 und 83 des Katasters für Schönheide, Nr. 150 und 154 des Grund- und Hypothekenbuchs für Schönheide, welche Grundstücke am 5. October 1880 ohne Berücksichtigung der Oblasten und zwar:

das Grundstück Nr. 150 des Grund- und Hypothekenbuchs für Schönheide auf
4000 Mark
das Grundstück Nr. 154 des Grund- und Hypothekenbuchs für Schönheide auf
12,000 Mark

gewürdigt worden sind, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle und im Rathskeller zu Schönheide ausgehängenden Anschlag hiedurch bekannt gemacht wird.

Eibenstock, am 6. October 1880.

Königliches Amtsgericht.
Beichte.

Bekanntmachung,
Einkommen-Declaration betr.

Nachdem die Aussendung der Declarationsaufforderungen in hiesiger Stadt erfolgt ist, wird in Gemäßheit von § 33 der Ausführungsverordnung zum Einkommensteuergesetz andurch bekannt gemacht, daß auch Denjenigen, welchen eine Declarationsaufforderung nicht zugesendet worden, es freisteht, eine Declaration über ihr Einkommen

bis längstens zum 20. dss. Mts.

anher einzureichen, zu welchem Behufe auf Verlangen Declarationsprotocolle unentgeltlich werden verabfolgt werden.

Gleichzeitig werden alle Vormünder, ingleichen Vertreter von Stiftungen, Anstalten, Personen-Vereinen und andern mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bedormundeten Personen und bez. von ihren Stiftungen, Vereinen u., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Declarationen bei uns auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugegangen sein sollten.

Johannegeorgenstadt, den 10. November 1880.

Der Stadtrath.
Böhmann.

Bekanntmachung.

Der am 15. dss. Mts. fällige **IV. Termin der Gemeindeanlagen** ist längstens **bis zum 25. desselben Monats**

an hiesige Stadtcasse abzuführen. Ingleichen sind die **Privatwasserzinsen bis zu demselben Termine** und ebendahin zu bezahlen.

Die Anlagepflichtigen und die Inhaber von Privatwasser werden darauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumnigen sofort mit executivischer Beitreibung vorgegangen werden wird.

Johannegeorgenstadt, den 10. November 1880.

Der Stadtrath.
Böhmann.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das vom Fürsten Bismarck an einen ungarischen Reichstagsabgeordneten über die Frage der Bollleinigung zwischen Oesterreich und Deutschland abgeschickte Schreiben giebt Zeugniß, daß der Reichskanzler in diesem Projekt zwar ein ideales Ziel, aber ein solches erkennt, das sich schwerlich jemals oder doch in absehbarer Zeit erreichen läßt. Vor ungefähr Jahresfrist, als der engere politische Zusammenschluß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland erfolgte, sprach man davon, daß die beiden leitenden Staatsmänner sich darüber verständigt hätten, daß auch auf handelspolitischem Gebiet eine größere Annäherung wünschenswerth wäre, und in der Presse wurden damals den beiden Kanzlern sehr weitreichende Ziele zugeschrieben, die auf nichts Geringeres als die Schöpfung eines großen, Deutschland, Oesterreich und noch ein Stück vom Orient umfassenden Zollgebietes hinausklaufen sollten. Ob wirklich solche Projekte zwischen den beiden Staatsmännern zur Sprache gekommen sind, ist mit Sicherheit nie bekannt geworden. Jedenfalls aber hat man sich, wie die „Nat. Liberale Korrespondenz“ ausführt, wie auch aus dem erwähnten Briefe wieder hervorgeht, an den maßgebenden Stellen von ihrer praktischen Undurchführbarkeit überzeugt. Während man in Deutschland die Frage kaum jemals ernstlich in Betracht ziehen zu müssen glaubte, ist sie in Oesterreich mit weit lebhafterem Eifer aufgegriffen worden. Schon der Gedanke, unsere ganze Zollgesetzgebung von fremden Faktoren abhängig zu machen, muß die größten Bedenken einflößen. Nicht eine Bollleinigung ist es, was wir erstreben und wünschen, sondern ein Handelsvertrag von langer Dauer, auf festen Grundlagen und mit möglicher Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs. Das Mögliche und leicht Erreichbare wird nur erschwert, wenn man chimärische und phantastische Projekte als Ziel aufstellt. Die jetzt herrschende wirtschaftspolitische Richtung ist freilich der Schaffung von Institutionen nicht günstig, welche einen regeren gegenseitigen Güterausgleich herbeizuführen bezwecken. Das in dem Schreiben des Fürsten Bismarck betonte unveränderte Festhalten an dem jetzigen Zolltarif eröffnet für das Zustandekommen eines neuen inhaltreichen Handelsvertra-

ges mit Tarifvereinbarung wenig Aussichten, und wir können nicht zugeben, daß wir uns dem Ziele nähern, wo unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum dauernden Ausdruck der Uebereinstimmung unserer politischen Interessen werden. Auch den wiederaufgenommenen Verhandlungen, auf Grund neuer deutscher Vorschläge, von denen neulich der Minister v. Haymerle in der Pesther Delegation Andeutungen gab, wird man nur sehr herabgestimmte Erwartungen entgegenbringen können.

— Eine Petition, in welcher der Reichskanzler um Maßnahmen gegenüber dem Judenthum ersucht wird, ist zahlreichen Redactionen in der Provinz von Berlin aus mitgetheilt worden. In der an die Redactionen gerichteten Zuschrift heißt es u. A.: „Die Petition wird in einem Begleitschreiben von 40 Männern empfohlen, deren Namen und Stand unbedingteste Bürgschaft für den Ernst und die Loyalität des Unternehmens bieten. In ruhiger aber bestimmtester Weise fordert die Petition die Emancipation des deutschen Volkes von der beginnenden Fremdherrschaft der Juden. Sie richtet deshalb an den Reichskanzler die Bitte um Gewährung folgender vier Punkte: 1) Die Grenzsperr; 2) Ausschluß der Juden von obrigkeitlichen, beschränkte Verwendung derselben in richterlichen Aemtern; 3) sehr bestimmte Betonung des christlichen Charakters der Volksschule; 4) genaue Statistik über das Judenthum. — Das Praktische und Verständige dieser Forderungen, die sich sämmtlich auf dem Verwaltungswege durchführen lassen, leuchtet so sehr ein, daß wir ein weiteres Wort der Empfehlung für überflüssig halten.“

— So sind die Menschen! Jetzt bringt die preussische Regierung den Abgeordneten einen Steuererlaß von 14 Millionen und nun streiten die Herren, ob sie ihn annehmen oder ablehnen sollen. Der Abgeordnete Richter von der Fortschrittspartei hat einen Antrag eingebracht, welcher den von der Regierung bewilligten Erlass von drei Monatsraten der untersten Stufen der Klassensteuer und Staatseinkommensteuer auf dem Wege des Gesetzes zu einem dauernden machen will. Die Absicht des Abgeordneten mag eine recht löbliche sein, und gewiß würden die Betroffenen ihm für die Durchbringung desselben danken, wenn sich auf der anderen Seite nicht das Bedenken herausstellen würde, daß ein so weit gehender Steuererlaß, dessen schablose

Möglichkeit sich jetzt noch nicht übersehen läßt, leicht zu Verlegenheiten in der Finanzverwaltung des Staates führen könnte. Daß die Opposition den vorgeschlagenen Steuer-Erlaß jedoch wirklich ablehnen sollte, wie von einigen Seiten angenommen wurde, wird nicht zu befürchten sein, wie es praktisch auch unmöglich wäre, denn die Regierung fordert im Etat eine bestimmte Summe aus der Klassensteuer, die um 14 Millionen niedriger ist, als der Betrag im letzten Jahre. Das Abgeordnetenhaus steht somit einfach vor der Frage, ob es diese Forderung bewilligen, oder ob es sie ablehnen will, verfassungsgemäß giebt es ein Drittes nicht. Von einer Erhöhung der Regierungsforderung durch den Landtag kann nicht die Rede sein.

— Officiös wird jetzt dementirt, daß es in der Absicht der Reichsregierung liege, in nächster Zeit mit dem Bau neuer unterirdischer Telegraphenleitungen vorzugehen und zu dem Zweck beim Reichstag eine Anleihe zu beantragen. Es scheint sonach, daß man den Plan einer Erweiterung des unterirdischen Telegraphennetzes vorläufig zurückgeschoben hat. Es wird aber nicht in Abrede gestellt werden können, daß bei der Telegraphenverwaltung die Ansicht zum Durchbruch gekommen ist, daß die Zukunft des Telegraphenwesens in der Ausbildung und Entwicklung der unterirdischen Leitungen liege und daß, wenn nicht in der nächsten Reichstagsession, so doch in einer etwas ferneren Zukunft entscheidende Schritte in dieser Richtung bevorstehen.

— März, 9. November. Heute Morgen gegen 8 Uhr flog auf der Becke „Rheinpreußen“ in dem benachbarten Homberg ein Magazin mit 20,000 Pfund Dynamit in die Luft. Wunderbarerweise ist kein Menschenleben zu beklagen. Dagegen ist der Schaden, den die Explosion auf der Becke und in dem jenseits des Rheins liegenden Ruhrort an den Gebäuden anrichtete, ein bedeutender. An der Stelle, an welcher das Magazin stand, ist ein mächtiger Trichter entstanden.

— Wien, 9. November. Heute Morgen gegen 7½ Uhr fand hier ein ziemlich heftiges Erdbeben statt; man spürte wiederholt Stöße und eine aufwärts und abwärts schwingende Bewegung. Zahlreiche dem meteorologischen Institut zugegangene Telegramme konstatiren, daß das Erdbeben auch in Serajewo, Verbent, Brood, Pola, Triest, Belli, Klagenfurt, Fünfsirchen,